

Sebastian Heilmann

Ein technokratisches Manifest:

Jiang Zemin's Grundsatzrede über die "Zwölf Beziehungen"

Zum Abschluß der jüngsten Plenartagung des Zentralkomitees der KPCh am 28. September hat Partei- und Staatschef Jiang Zemin seine bislang wohl bedeutendste Rede gehalten. Jiangs Ausführungen über "Die korrekte Behandlung einiger wichtiger Beziehungen im sozialistischen Modernisierungsaufbau" wurden von den chinesischen Medien - vermutlich wegen des bei politischen Grundsatzdokumenten üblichen komplizierten Konsultations- und Umlaufverfahrens - erst mit Verzögerung veröffentlicht. (Xinhua, 8.10.95; RMRB, 9.10.95)

Indem Jiang von zwölf "wichtigen Beziehungen" (*zhongda guanxi*) der gegenwärtigen Entwicklung spricht, nimmt er Bezug auf eine programmatische Grundsatzrede Mao Zedongs aus dem Jahre 1956 "Über die zehn großen Beziehungen" (*shida guanxi*). (Eine Gegenüberstellung zwischen Maos "Zehn Beziehungen" und Jiangs "Zwölf Beziehungen" findet sich in CNA, No.1546, S.4.) Maos Beispiel folgend, versucht Jiang seinen politischen Führungsanspruch mit einem richtungweisenden theoretischen Dokument zu untermauern. Die Rezeption der Rede in den nächsten Monaten wird zeigen, ob es Jiang gelingen kann, sich als Theoretiker des "Sozialismus chinesischer Prägung" zu profilieren und sich von den Vorstellungen des "Chefarchitekten" der Wirtschaftsreformen, Deng Xiaoping, durch eigenständige Entwicklungskonzepte abzusetzen.

In jedem Falle ist das Dokument ein Ausdruck des gewachsenen Selbstbewußtseins des KP-Generalsekretärs, der in den letzten beiden Jahren seine Position und Autorität in der chinesischen Führung nicht nur dank geschickter personalpolitischer Manöver konsolidieren konnte, sondern auch weil er zur Zeit einen starken Rückhalt im Politbüro findet.

Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros weisen in vielen politischen Schlüsselfragen (Drosselung des Wachstumstempos, Vorrang sozialer Stabilität, unterschiedene Inflationsbekämpfung, Protektion des Staatssektors, Verschiebung der regionalpolitischen Schwerpunkte) gegenwärtig eine weitreichende Übereinstimmung auf: Die Eindämmung des sozialen Spannungspotentials, die organisatorische Straffung der Partei- und Staatsstrukturen sowie die Rezentralisierung wirtschaftspolitischer Kompetenzen bilden den verbindenden Konsens. Der nach 1992

zeitweise aus dem Ruder gelaufene Transformationsprozeß soll einer verstärkten politischen Steuerung von Beijing aus mit Hilfe neuer Instrumente und Institutionen unterworfen werden. In diesem Zusammenhang stehen etwa die Neuordnung des öffentlichen Finanzwesens und des Banksystems sowie die Bemühungen um eine Reform des öffentlichen Dienstes und der Verwaltungsorganisation.

Der veröffentlichte Text der Rede des Parteichefs wurde vermutlich von Jiang Zemin's Mitarbeiterstab als Ergebnis langwieriger Abstimmungen verfaßt und besitzt verbindlichen Charakter für sämtliche Partei- und Staatsorgane. Das Dokument bündelt die in den letzten beiden Jahren deutlich werdenden Grundpositionen der amtierenden technokratischen Führung. Zur Sicherung der gesellschaftlichen und politischen Stabilität sollen unter anderem dienen:

- ein "gesundes, nachhaltiges" Wirtschaftswachstum ohne Überhitzungserscheinungen,
- sozialer und interregionaler Ausgleich durch staatliche Umverteilung,
- eine zentralisierte "makroökonomische" Regulierung und Kontrolle,
- die Vorrangstellung des öffentlichen (staatlichen und kollektiven) Wirtschaftssektors.

Jiangs Rede beinhaltet im wesentlichen das Credo der technokratischen Führungsspitze in Beijing. Die in dem Dokument enthaltenen Positionen sind in jüngster Zeit von führenden chinesischen Wirtschaftspolitikern wie Li Peng, Zhu Rongji oder Wu Bangguo nachdrücklich vertreten worden.

Auffällig ist die "mechanistische" Sicht wirtschaftlicher, sozialer und politischer Vorgänge, die sich in Vokabular und Terminologie des Dokuments ausdrückt und dem Weltbild der Ingenieure und Bürokraten, die heute an der Spitze Chinas stehen, entspricht: Ein effektives "social engineering" und ein modernisiertes staatliches Steuerungsinstrumentarium sollen die "umfassende nationale Stärke" und den Aufstieg Chinas gewährleisten.

Unübersehbar ist in dem Papier die stillschweigende Abkehr von der Strategie des schnellen Wachstums um jeden Preis, wie sie Deng Xiaoping 1992 befürwortet hatte. Jiang Zemin und seine Kollegen in der amtierenden Führung sehen die sozialen Verwerfungen und das regionale Wohlstandsgefälle nicht als unvermeidliche und vorübergehende Begleiterscheinung der Wirtschaftstransformation, sondern als Bedrohung für die Stabilität des Staatswesens an.

Viele im Laufe des Reformprozesses aufgetretene Dilemmata der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik werden in Jiang Zemin's Rede nüchtern benannt. Zum Teil werden in bisher nicht gekannter Deutlichkeit strategische Grundsätze und Richtlinien für den weiteren Transformationsprozeß von Wirtschaft und Gesellschaft in China festgelegt. Wie sich die Beijinger Führung eine "sozialistische Marktwirtschaft" vorstellt, ist mit dieser Rede deutlicher geworden.

Daß die Beijinger Führung an Grundprinzipien des Sozialismus (sozialer Ausgleich, staatliche Umverteilung, Vorrang des öffentlichen Wirtschaftssektors, staatliche Wirtschaftslenkung als Mittel gegen Defekte des Marktsystems etc.) festhalten und der ökonomischen Liberalisierung

Grenzen setzen will, muß als politisches Signal im Ausland ernst genommen werden: Die Bedenken der Beijinger Führung gegenüber der Entstehung einer von "spontanen" Marktkräften und von Privateigentum bestimmten "kapitalistischen" Wirtschaftsordnung werden von Jiang Zemin deutlich formuliert.

Selbst wenn die chinesische Wirtschaft in vielen Landesteilen inzwischen eine eigene Dynamik und Tendenzen in Richtung auf eine umfassende Privatisierung entfaltet hat, so sind die politischen Widerstände, die einer weitergehenden ökonomischen Liberalisierung entgegenstehen, immer noch beträchtlich. Vor diesem Hintergrund sollte auch die Tatsache gesehen werden, daß die jüngsten Erfolge in der Inflationsbekämpfung mit Hilfe administrativer Preis- und Kreditkontrollen erreicht wurden und daß solche Maßnahmen die wirtschaftliche Liberalisierung und den Strukturwandel in erheblichem Maße hemmen.

Stabilität und Kontrolle sind die Devise der Beijinger Führung. Jiang Zemin macht in seiner Rede kein Hehl daraus. Er erläutert zwölf Beziehungen und Widersprüche der gegenwärtigen Lage, die grundsätzliche Bedeutung für die weitere Entwicklung besitzen, und macht Vorgaben für die Richtung des künftigen Modernisierungskurses.

1. Die Beziehung zwischen Reform, Entwicklung und Stabilität [Soziale Stabilität als Grundvoraussetzung]

Zur Verbesserung der "umfassenden nationalen Stärke" (*zonghe guoli*) und des Lebensstandards der Bevölkerung sei wirtschaftliche Entwicklung unverzichtbar. Ziel der Reformpolitik sei es, eine solide Grundlage für langfristige Ordnung und Stabilität im nächsten Jahrhundert zu legen.

Politische und soziale Stabilität, so Jiang, stelle die Voraussetzung für Entwicklung und Reform dar. Man habe in der Vergangenheit einen hohen Preis dafür gezahlt, als man diese allgemeine Regel mißachtet habe (offenkundig eine Anspielung auf den "Großen Sprung" und die "Kulturrevolution", aber wohl kaum auf die Ereignisse von 1989).

In der gegenwärtigen Phase des tiefgreifenden Wandels trete eine Vielzahl von Widersprüchen auf. Unter diesen Bedingungen sei die Wahrung der Stabilität von besonderer Bedeutung. "Ohne stabiles politisches und gesellschaftliches Umfeld kann nichts zustandegebracht werden."

2. Die Beziehung zwischen Wachstumsgeschwindigkeit und wirtschaftlicher Effizienz [Abkehr von extensiver Wachstumsstrategie]

Jiang Zemin weist darauf hin, daß es bisher nicht in ausreichendem Maße gelungen sei, das rasche Wirtschaftswachstum mit einer Steigerung der wirtschaftlichen Effizienz zu verbinden. In Zukunft müsse man - dies wird auch im 9. Fünfjahresplan hervorgehoben - den Übergang von einem Modell des extensiven zu einem Modell des intensiven Wachstums vollziehen. Zur Effizienzsteigerung seien die Anstrengungen im Bereich von Wissenschaft, Technologie und Ausbildung zu verstärken. Auch der Ausbau des Rechtssystems und eine verbesserte Umsetzung staatlicher Wirtschaftspolitik müsse zur Effizienzsteigerung beitragen.

3. Die Beziehung zwischen Wirtschaftsaufbau einerseits und Bevölkerung, natürlichen Ressourcen und Umwelt andererseits [Nachhaltiges Wachstum]

Um ein nachhaltiges Wachstum in China zu ermöglichen, müsse der Geburtenkontrolle, den Naturschätzen und dem Umweltschutz besondere Aufmerksamkeit gelten. Da die chinesische Bevölkerung in den nächsten 15 Jahren voraussichtlich um weitere 200 Mio. Menschen wachsen werde, stellten die Schaffung neuer Arbeitsplätze vor allem in der ländlichen Industrie und die Steuerung der Binnenmigration wesentliche Herausforderungen dar. Industriestruktur und Konsumverhalten müßten in stärkerem Maße die Erfordernisse des sparsamen Umgangs mit den natürlichen Ressourcen berücksichtigen.

4. Die Beziehung zwischen Primär-, Sekundär- und Tertiärsektor der Wirtschaft [Warnung vor "bubble economy"]

Jiang Zemin weist insbesondere auf die Schwierigkeiten der Landwirtschaft und auf das Entwicklungspotential im Dienstleistungssektor hin. "Die Stärkung der Landwirtschaft ist das wichtigste Problem in der Entwicklung der Volkswirtschaft". Die Getreideproduktion müsse auf ein neues Niveau angehoben werden. Den 70 Mio. Menschen in ländlichen Gebieten, die in Not leben, müsse ermöglicht werden, ihre Armut abzuschütteln. Alle Bauern müßten einen bescheidenen Wohlstand erlangen können. Die landwirtschaftliche Entwicklung müsse auch durch den Einsatz neuer Technologien (gemeint ist hiermit unter anderem die Gentechnik) gefördert werden.

In der Entwicklung des Dienstleistungssektors bestehe ein großer Nachholbedarf. Im Finanz- wie auch im Immobiliensektor sei eine staatliche Lenkung erforderlich, die gewährleistet, daß diese Sektoren sich in "gesunder" Weise entwickeln. Man müsse die "innerchinesischen und ausländischen Erfahrungen und Lektionen" in dieser Frage ernstnehmen und sich vor dem Entstehen einer "bubble economy" (*paomo jingji*) hüten.

5. Die Beziehung zwischen Küsten- und Binnenregionen [Interregionaler Ausgleich]

Das Entwicklungs- und Wohlstandsgefälle zwischen Küsten- und Binnenregionen müsse im Kontext des "strategischen Gedankens des Genossen Deng Xiaoping" verstanden werden, wonach einige Regionen "zuerst reich werden" könnten und danach Schritt für Schritt allgemeiner Wohlstand erreicht werde. Jiang Zemin betont: "Die Verwirklichung allgemeinen Wohlstands ist das Grundprinzip und Wesensmerkmal des Sozialismus, daran darf nicht gerüttelt werden".

Der Ausgleich zwischen den Regionen könne nur über einen längeren Zeitraum erreicht werden. Das Zentralkomitee der KPCh habe in seinem Vorschlag zum 9. Fünfjahresplan konkrete Schritte zur Unterstützung der Entwicklung in den Inlandsregionen beschlossen: Die westlichen Regionen sollen bevorzugt in der Erschließung natürlicher Ressourcen und beim Aufbau ihrer Infrastruktur unterstützt werden. In- und ausländische Investitionen sollen gezielt gefördert werden. Die reicheren Gebiete seien zur Unterstützung unterentwickelter Regionen verpflichtet.

Zugleich hebt Jiang hervor, daß die "grundlegende Politik" der Zentrale gegenüber den Wirtschaftssozialzonen "unverändert" bleibe und daß nur "einige spezifische Maßnahmen" (*youxie juti banfa*) modifiziert werden sollen.

6. Die Beziehung zwischen Marktmechanismus und makroökonomischer Kontrolle [Grenzen der wirtschaftlichen Liberalisierung]

Im Rahmen der "sozialistischen Marktwirtschaft" dürften, so Jiang Zemin, Marktmechanismus und makroökonomische Kontrolle nicht gegeneinander ausgespielt, sondern müßten integriert werden. Ziel der chinesischen "sozialistischen Marktwirtschaft" müsse es sein, die Beziehungen zwischen Marktmechanismus und Makrokontrolle "effektiver als die westlichen Länder" zu gestalten. Das chinesische Markt- und Wettbewerbssystem müsse noch weiter reifen. "Zugleich sollten wir uns aber bewußt sein, daß im Marktssystem auch eine spontane, blinde und rückständige Seite existiert." Deshalb müsse der Staat eine korrekte Lenkung und Kontrolle über die Marktaktivitäten ausüben.

Die makroökonomische Steuerung und Kontrolle solle sich vor allem auf ökonomische und gesetzliche Instrumente stützen; administrative Kontrollen müßten auf eine ergänzende Rolle beschränkt bleiben. Die Erfahrung zeige, daß eine offenere und freiere Mikroökonomie und ein beschleunigter Übergang zur Marktwirtschaft einer starken, flexiblen und effektiven makroökonomischen Regulierung und Kontrolle bedürften. Ein notwendiges Maß an Zentralisierung der Regulierungskompetenzen müsse gewahrt bleiben.

Um eine effektive Wirtschaftssteuerung zu ermöglichen, sei eine umfassende Transformation der Regierungsfunktionen, eine Trennung von Verwaltung und Unternehmen sowie eine Reform der Verwaltungsorganisation nötig. "Sofern der gegenwärtige Aufbau des Regierungsapparates mit der Entwicklung der sozialistischen Marktwirtschaft nicht kompatibel ist, müssen die Reformschritte beschleunigt werden".

7. Die Beziehung zwischen dem öffentlichen Sektor und den anderen Sektoren der Wirtschaft [Vorrang des öffentlichen Wirtschaftssektors]

Auch in Zukunft müsse der öffentliche Sektor (hierzu werden offiziell sowohl der Staats- als auch der Kollektivsektor gezählt, wobei der ländliche Kollektivsektor de facto einen überwiegend privatwirtschaftlichen Charakter hat) eine Vorrangstellung (*zhuti diwei*) in der chinesischen Volkswirtschaft einnehmen; andere Wirtschaftssektoren sollten daneben zur Entwicklung beitragen. Dies entspreche den Prinzipien des sozialistischen Systems und den Erfordernissen des gegenwärtigen Entwicklungsniveaus. "Alle Maßnahmen, die an der Vorrangstellung des öffentlichen Sektors rütteln oder diese aufgeben, werden von der Richtung des Sozialismus abweichen." Der Anteil des Staats- und Kollektivsektors am Volksvermögen und an den strategischen Industrien müsse überwiegen, wobei allerdings regionale und branchenbedingte Besonderheiten zu berücksichtigen seien.

Individualgewerbe, Privatunternehmen und Unternehmen mit ausländischer Beteiligung würden auch in Zukunft eine wichtige ergänzende Rolle spielen. Zugleich sei aber die

Aufsicht und die gesetzliche Regulierung in diesem Sektor zu verstärken. Der chinesische Staat werde keine der verschiedenen Unternehmensformen benachteiligen und einen fairen Wettbewerb am Markt gewährleisten.

8. Die Verteilung des Volkseinkommens zwischen Staat, Unternehmen und Individuen [Notwendigkeit staatlicher Umverteilung]

Unter diesem Punkt subsummiert Jiang Zemin Probleme der Einkommensverteilung innerhalb der chinesischen Gesellschaft und die Probleme der öffentlichen Haushaltseinnahmen. Der Anteil der Staatseinnahmen am Sozialprodukt sei zu gering. Um notwendige staatliche Maßnahmen und Projekte zu finanzieren, müßten die Staatseinnahmen insgesamt und insbesondere der Anteil der Zentralregierung an den staatlichen Einnahmen erhöht werden.

Das Einkommensgefälle zwischen bestimmten Bevölkerungsgruppen sei gewachsen. In der "Anfangsphase des Sozialismus" sei eine solche Erscheinung nur schwer zu vermeiden. Nehme das Gefälle aber weiter zu, könne das zu sozialer Unruhe führen. "Wir sollten die individuelle Einkommensverteilung regulieren, um einer [sozialen] Polarisierung entgegenzuwirken." Es gehe darum, "illegale Einkommen" zu unterbinden, "übermäßig hohe Einkommen" zu regulieren und die Grundversorgung derer mit niedrigem Einkommen zu sichern.

9. Die Beziehung zwischen Öffnung nach außen und nationaler Selbständigkeit [Keine Kapital- und Technologieabhängigkeit vom Ausland]

Zu diesem Punkt führt Jiang Zemin nur wenig Neues aus: An der Öffnungspolitik müsse festgehalten werden, zugleich aber dürfe sich im Hinblick auf Kapital und Technologie keine übermäßige Abhängigkeit vom Ausland entwickeln. Die Entwicklungslücke zwischen China und dem Ausland müsse durch eigene Anstrengungen und Impulse allmählich geschlossen werden. Man müsse die nationale Unabhängigkeit und Initiative trotz der verstärkten außenwirtschaftlichen Beziehungen erhalten.

10. Die Beziehung zwischen Zentrale und Regionen [Flexibilität unter einheitlicher Leitung]

Zur heiklen Frage des Verhältnisses zwischen Zentralregierung und regionalen Führungen äußerte sich Jiang Zemin in einer überraschend offenen und konkreten Weise. Dieser Abschnitt gehört zu den bemerkenswertesten Passagen der Rede.

Für die Wahrung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts und der "Einheit des nationalen Marktes" seien zentralisierte Steuerungskompetenzen unerlässlich. Zugleich müßten den regionalen Führungen eigenständige Handlungsspielräume zugestanden werden. Allerdings zeige sich in einigen Regionen eine Tendenz zur "übermäßigen Dezentralisierung" (*guoyu fensan*); von der Zentralregierung beschlossene Maßnahmen und Gesetze würden dort nicht gewissenhaft umgesetzt oder gar gezielt mit "Gegenmaßnahmen" (*duice*) unterlaufen. Eine solche Entwicklung sei nicht tolerierbar: "Wir erlauben nicht die Existenz von regionalen Interessen, die das übergeordnete nationale Interesse schädigen".

Im Verhältnis zwischen Zentrale und Regionen müsse das Prinzip der "Flexibilität unter einheitlicher Leitung" (*tongyi zhidao xia de linghuoxing*) gelten. Die wichtigste Aufgabe für die nahe Zukunft sei es, eine "rationale Festlegung der Grenzen der Autorität" in der Wirtschaftspolitik zwischen Zentrale und Regionen festzulegen. Eine Institutionalisierung und Verrechtlichung (*guifanhua, fazhihua*) der Entscheidungs- und Verfügungsrechte sei notwendig.

Mit dieser Einschätzung geht Jiang Zemin über die bisherigen offiziellen Reformversprechungen hinaus. Er deutet an, daß das Verhältnis zwischen Zentrale und Regionen künftig durch verbindliche rechtliche Normen umfassend geregelt werden soll. Eine solche Neuordnung, die den Regionen eigene Kompetenzen und Rechte gegenüber der Zentrale garantierte, könnte den Weg frei machen zur schrittweisen Aufnahme föderaler Elemente in die unitarische Staatsverfassung der VR China. (Siehe hierzu auch C.a., 1995/7, S.587-588.)

11. Die Beziehung zwischen Landesverteidigung und wirtschaftlicher Entwicklung [Moderate militärische Modernisierung]

Jiang Zemin bekräftigt, daß die Landesverteidigung ein wichtiger Aspekt des chinesischen Modernisierungsprogramms sei, macht aber keine konkreten Zusagen für eine bevorzugte Förderung des militärischen Aufbaus. Vielmehr weist Jiang darauf hin, daß die staatlichen Mittel, die derzeit für die militärische Modernisierung bereitgestellt werden können, aufgrund anderer drängender Erfordernisse des wirtschaftlichen Aufbaus begrenzt seien. Jiang legt ein Bekenntnis zur defensiven und friedfertigen Rolle der Streitkräfte ab und hebt die Notwendigkeit von Konversionsanstrengungen in der Rüstungsindustrie hervor. Seine Ausführungen zu diesem Bereich erscheinen wenig konkret und ergiebig.

12. Die Beziehung zwischen materieller und geistiger Zivilisation [Bekenntnis zu Sozialismus und Patriotismus]

Als letzten Punkt macht sich Jiang für die Förderung einer "sozialistischen geistigen Zivilisation" stark. Wirtschaftliches Wachstum dürfe nicht auf Kosten des kulturellen und ideologischen Fortschritts vorangetrieben werden. Im Laufe der Wirtschaftsreformen sei die ideologisch-politische Arbeit geschwächt worden; Habgier, Hedonismus, Korruption und andere häßliche Erscheinungen hätten sich verbreitet. Diesen Fehlentwicklungen müsse entschieden entgegengetreten werden.

Jiang beschwört die Prinzipien des Marxismus-Leninismus, der Mao-Zedong-Ideen und der Theorien Deng Xiaopings. Patriotische, kollektivistische und sozialistische Ideale müßten der Bevölkerung nahegebracht werden. Zugleich müsse man die positiven Seiten der Weltzivilisation absorbieren. Schrittweise müsse man dahin kommen, daß sich eine öffentliche Meinung, Wertvorstellungen, moralische Maßstäbe und kulturelle Bedingungen entwickeln, die förderlich für den sozialistischen Modernisierungsaufbau seien.

Yu-Hsi Nieh

Die Wirtschaftslage Taiwans zum Jahresende 1995

1 Wachstum der Gesamtwirtschaftsleistung

Die taiwanesische Wirtschaft entwickelte sich im ablaufenden Jahr 1995 etwa im gleichen Tempo wie im Vorjahr. Einem offiziellen Bericht des Directorate-General of Budget, Accounting and Statistics (DGBAS) vom 18. August 1995 zufolge hatte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im ersten Halbjahr ein reales Wachstum von 6,73% gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu verzeichnen, und im zweiten Halbjahr soll es beim Jahresvergleich ebenfalls schätzungsweise real um 6,52% steigen. Für das ganze Jahr erwartet der DGBAS ein reales BIP-Wachstum von 6,62%, etwas niedriger als seine frühere Schätzung von 6,94%, aber höher als im Jahr 1994 mit 6,54%. Damit wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 1995 zum erstenmal die Marke von 7 Billionen NT\$ (z.Z. rd. 27 NT\$ = 1 US\$) durchbrochen haben, und zwar in einer Höhe von 7.021,9 Mrd. NT\$ (also umgerechnet 260,1 Mrd. US\$), was einem Pro-Kopf-BIP von rd. 12.500 US\$ entspricht.¹

Für das Jahr 1996 schätzt das Council for Economic Planning and Development (CEPD) das reale Wirtschaftswachstum auf 6,8%. Nicht so optimistisch wie die Regierung sieht diesen Trend jedoch das Chung-Hua Institute for Economic Research. Dort wurde die Wachstumsprognose für 1995 bereits am 17. Oktober 1995 von 7% auf 6,04% herabgesetzt.²

2 Inlandsbedarf

Verantwortlich für die Konjunkturdämpfung ist vor allem die Zurückhaltung im privaten Verbrauch seit dem zweiten Halbjahr 1995 infolge der erneuten militärischen Spannungen in der Taiwan-Straße sowie einer Reihe von Skandalen und Krisen bei den Geldinstituten. Wie berichtet, hat Beijing, das Taiwan als eine abtrünnige Provinz übernehmen will, seit Juli 1995 - aus Protest gegen die "private" Reise von Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) in die USA im Juni - eine Reihe von größeren militärischen Manövern unternommen, einschließlich des Abschießens von Mittelstreckenraketen in einem Seegebiet unweit von Taipei. Zur gleichen Zeit gab es einen großen Ansturm zur Geldabhebung von den Konten bei zahlreichen Kreditgenossenschaften und bei einer großen Investmentgesellschaft, nachdem dort Unregelmäßigkeiten bei Geschäften in großen Dimensionen durchgesichert waren. Die Verunsicherung unter der Bevölkerung schlug sich unmittelbar auf dem Börsenmarkt nieder. Von Anfang Januar bis Ende Oktober sank der TAIEX um 32,3%.³